



Sozial-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Redigirt von J. B. v. Hoffkotten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Sdbd., fl. 1. 5flerr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bander, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulé; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 27. October.

Als Schlüsselstein des vollen in **Deutschland** auf „ewige Zeiten“ hergestellten Friedens ist jetzt der am 24. d. bestätigte Friedensvertrag zwischen Preußen und Sachsen veröffentlicht worden. Wir heben aus ihm folgende wesentliche Punkte hervor:

Der König von Sachsen tritt für sich und seine Nachfolger für das Königreich Sachsen dem Bündniß der norddeutschen Regierungen vom 13. August d. J. bei. — Die hiernach nötige völlige Neubildung des sächsischen Heeres, welches einen untrennbaren Theil der norddeutschen Bundesarmee zu bilden und demgemäß unter den Oberbefehl des Königs von Preußen zu treten haben wird, erfolgt, sobald die für den norddeutschen Bund zu treffenden allgemeinen Bestimmungen auf der Grundlage der preussischen Bundesreform-Vorlage vom 10. d. J. festgestellt sein werden. — Inzwischen treten auf Grund des gleichzeitig abgeschlossenen besonderen militärischen Vertrags folgende Bestimmungen in Kraft: Die Festung Königstein wird unverzüglich und noch vor Auswechslung der Bestätigungs-Urkunden des Friedensvertrages dem König von Preußen eingeweiht. Der sächsische Gouverneur übergibt sein Amt dem vom Könige von Preußen zu ernennenden Gouverneur. Das auf der Festung befindliche sächsische Material bleibt unbestrittenes Eigentum der sächsischen Regierung. Zur Bewahrung desselben verbleibt ein sächsisches Artillerie-Detachement als Theil der Besatzung unter dem Oberbefehl des preussischen Gouverneurs in der Festung, mit ihm der Unterkommandant, der Festungs-Ingenieur, der Adjutant und die Handwerker. — Dresden enthält eine gemeinschaftliche Besatzung von preussischen und sächsischen Truppen; doch dürfen die sächsischen Truppen die Zahl von 2 bis 3000 Mann nicht überschreiten. — Für die Stadt Dresden und die dort angelegten Festungswerke ernannt der König von Preußen den Gouverneur, der König von Sachsen den Kommandanten. — Bis die Neubildung des sächsischen Heeres und dessen Einreichung in die Armee des norddeutschen Bundes erfolgt sein wird, stellt Preußen seinerseits die für die Besatzung des Königreichs Sachsen nötige Anzahl von Truppen. — Auch in Bezug auf die völkerrechtliche Vertretung Sachsens bei anderen Staaten sollen die Grundzüge zur Geltung kommen, welche im norddeutschen Bunde im Allgemeinen maßgebend sein werden. — An Kriegskosten zahlt Sachsen 10 Millionen Thaler in drei Raten (am 31. December d. J., 28. Februar und 30. April l. J.). — Der Zollvereins-Vertrag vom 16. Mai 1865 tritt vorbehaltlich der weiteren Regelung der Zollverhältnisse im norddeutschen Bunde einseitig und mit dem beiderseitigen Recht sechsmonatlicher Kündigung wieder in Kraft. — Das Postwesen Sachsens, wie des norddeutschen Bundes überhaupt, soll künftig der Gesetzgebung und Oberaufsicht der Bundesgewalt unterliegen. Sachsen wird der künftigen Ordnung weder durch Verträge mit anderen Staaten, noch durch sonstige Anordnungen vorgegriffen. — Das Recht zur Handhabung des Telegraphenwesens im Königreich Sachsen geht auf die preussische Regierung über. — Das Salzmonopol wird in Sachsen aufgehoben, sobald die Aufhebung in Preußen erfolgt. Von dem Zeitpunkt dieser Aufhebung ab soll die Be-

steuerung des Salzes für gemeinschaftliche Rechnung sämtlicher beteiligten Staaten bewirkt werden. — Die sächsischen Unterthanen sollen wegen politischer Handlungen, welche während der Zeit des Kriegszustandes von ihnen begangen sind, auf keine Weise strafrechtlich, politisch oder disziplinarisch zur Verantwortung gezogen werden.

Die zum norddeutschen Bunde gehörigen Militair-Contingente werden wie die preussischen Truppen geliebert und ausgerüstet werden. — Der König von Sachsen ist mit seiner Gemahlin nach Sachsen zurückgekehrt und unter dem Jubel der Bevölkerung in Bismarck eingetroffen. Eine erlassene königliche Proclamation dankt für die bewiesene Treue und verspricht die Handhabung von Recht und Gerechtigkeit und Begünstigung der begonnenen Fortentwicklung der politischen Institutionen. Jedemfalls wäre es besser, die politischen Institutionen Sachsens sich nicht auf dem unter Beust begonnenen Wege fortentwickeln zu lassen. — Die Nachricht, daß der Herzog von Angulenburg wegen Verzichts auf die Herzogthümer Schleswig-Holstein mit Preußen unterhandle, wird widerrufen. Er hat die ihm von Preußen bis zum Ausbruch des Krieges gemachten Vorschläge wegen Verzichts vielmehr beharrlich zurückgewiesen, aber immer seine Bereitwilligkeit, über die Bedingungen der Regierungsübernahme zu unterhandeln, zu erkennen gegeben. Seit dem Kriege sind neue Unterhandlungen nicht gepflogen. So berichten der „Hamb. Corr.“ und die Wiener „Presse“. — Frankfurt soll in Zukunft zwei Bürgermeister, auf 6 Jahre gewählt, erhalten, und ein Abgeordneter-Collegium aus 42 Mitgliedern. Der Senat ernannt die städtischen Verwaltungsbehörden, der König von Preußen die Richter, das preussische Justizministerium die Advocaten und Notare. Die Veröffentlichung der Grundzüge der politischen Gestaltung Frankfurts wird demnächst erfolgen. — Eine abermalige Erhebung einer außerordentlichen Steuer in Hannover hat dort unangenehm berührt. Die preussisch gesonnene Stadt Harburg hat deshalb eine Eingabe an das Staatsministerium nach Berlin gerichtet, weil man sich von der Nothwendigkeit der auf Befehl des preussischen General-Gouverneurs angeordneten Steuer nicht überzeugen kann. — Die gegen die Jesuiten gerichtete Bewegung in Böhmen nimmt zu. Man droht mit dem Uebertritt zum Protestantismus zu Tausenden, wenn von der Regierung nicht entscheidende Schritte gegen das Umsichgreifen der Jesuiten gethan werden. Auch in Salzburg hat der Gemeinderath den Beschluß gefaßt, die Rechtssection zu beantragen, geeignete Schritte gegen die Niederlassung der Jesuiten in Salzburg zu thun.

In **Belgien** gewinnt die freihändlerische Bewegung immer mehr an Umfang. Dem Vorgange der Handelskammern, des Handels- und Justizraths folgend, hat der Verein für Abschaffung der Zölle von Neuem die Forderung der Abschaffung der Zoll- und Acciseabgaben, jedenfalls der Schutzzölle, erhoben, so daß der Zolltarif nur einen

streng fiskalischen Charakter erhält. — Die Vorgänge in Lyon haben auch unter den Arbeitern von Paris eine gewisse Aufregung hervorgerufen. Die Regierung sucht alle Mittel aufzuwenden der Bewegung Herr zu werden und die Besorgnisse zu zerstreuen. Aber was sollen theilnehmende Worte dabei nützen, welche der Rhone-Präsident Chevreau den „ehrlichen Arbeitern“ wegen ihres erlittenen Schadens mitbringt? Zugleich bemühen sich die Freunde Chevreaus in der Presse, die Noth als sehr übertrieben darzustellen; die Arbeitslosigkeit berühre nur die Arbeiter, welche unter dem Einfluß wechselnder Moden stehen. Die biedere „France“ meint, daß die Arbeiter, wenn sie nicht mehr „unverläßliche Sachen“ arbeiten, wieder Arbeit in Hülle und Fülle haben werden. Man braucht solche Aussprüche, weil man den Muth nicht hat, der Sache auf den Grund zu gehen, und ginge man auf den Grund, würde man wieder nicht den Muth haben, die erforderlichen Radikalkuren vorzunehmen. Bisherig nehmen die Kammermänner von Yoner Fall etwas ernster, wenigstens wird gründlicher darüber gesprochen werden. — Einer Mittheilung der „Cooperation“ zufolge werden sämtliche (etwa 100) Productivvereine Frankreichs zusammenzutreten, um auf gemeinschaftliche Kosten eine permanente Ausstellung der Producte ihrer Industrie in Paris zu veranstalten. — Herr von Moustier hat seit seinem Amtsantritt zwei Depeschen nach Florenz und Rom entsandt, welche diese Höfe unterrichten, daß Frankreich entschlossen sei, den Abmachungen der Septemberconvention gemäß, seine Truppen aus dem Kirchenstaat zurückzuziehen.

Aus **Florenz** wird berichtet, daß die Feststellung der Volksabstimmung in Venetien am 27. d. erfolgen solle. Neuesten Anordnungen zufolge wird der König von Italien die Deputation aus Venetien am 5. November in Turin empfangen und das Endergebniß der Abstimmung entgegen nehmen, doch erst am 7. November in Venetien seinen Einzug halten. Die Volksabstimmung erfolgte mit steigendem Jubel in fast absoluter Einheit für die Einverleibung. Auch hat die Uebergabe Venetiens von dem französischen General Leboeuf am 19. um 8 Uhr Morgens an eine Commission der Municipalität Venetiens stattgefunden. — In Rom steigt von Tag zu Tag Elend und Noth. Allenthalben macht die Geldkrise sich fühlbar, dazu fordert die Cholera zahlreiche Opfer. Die Aktien der Bank sind in wenig Tagen um 30 Thlr. gefallen. Man sagt, die Verwaltung der Bank habe falsche Rechenschaftsberichte veröffentlicht. Dabei feiern aber die Römer jetzt ihre Oktoberfeste in ausgelassenster Freude.

In **Spanien** rückt die Krisis offenbar näher. Die Gesetze über die Einrichtung und Amtsbestimmung der Municipalräthe, wie über die Regierung und Verwaltung der Provinzen sind aufgehoben und gleichzeitig sämtliche Municipalräthe und Provinzial-Deputationen in Spanien aufgelöst. Die

uel, r
näme
Derzog
dann
märe
1) t
2) 2
3) 2
4) 2
5) 2
6) 2
7) 2
8) 2
9) 2
10) 2
11) 2
12) 2
13) 2
14) 2
15) 2
16) 2
17) 2
18) 2
19) 2
20) 2
21) 2
22) 2
23) 2
24) 2
25) 2
26) 2
27) 2
28) 2
29) 2
30) 2
31) 2
32) 2
33) 2
34) 2
35) 2
36) 2
37) 2
38) 2
39) 2
40) 2
41) 2
42) 2
43) 2
44) 2
45) 2
46) 2
47) 2
48) 2
49) 2
50) 2
51) 2
52) 2
53) 2
54) 2
55) 2
56) 2
57) 2
58) 2
59) 2
60) 2
61) 2
62) 2
63) 2
64) 2
65) 2
66) 2
67) 2
68) 2
69) 2
70) 2
71) 2
72) 2
73) 2
74) 2
75) 2
76) 2
77) 2
78) 2
79) 2
80) 2
81) 2
82) 2
83) 2
84) 2
85) 2
86) 2
87) 2
88) 2
89) 2
90) 2
91) 2
92) 2
93) 2
94) 2
95) 2
96) 2
97) 2
98) 2
99) 2
100) 2

Regierung begründet diese Anordnungen mit dem revolutionären Einfluss dieser Versammlungen. Die es heißt, liegt es im Plane, den ohnehin schon zahlreichen Deportationen eine furchtbare Ausdehnung zu geben und daran noch andere Einschränkungsmaßregeln zu knüpfen. Wahrscheinlich wird indeß die Katastrophe dadurch nur beschleunigt.

Auch heute liegen neue Nachrichten aus dem Orient nicht vor. Französische Blätter bemühen sich, den Zustand so zu als beendet darzustellen, während die „Nord. Allg. Zig.“ die Aufregung auf Candia von Tag zu Tage wachsen läßt, überhaupt den Aufstand von Anfang an günstigen Blickes verfolgt hat und die Gefahren unausgesetzt in möglichst grellen Farben darstellt.

Die neuesten Depeschen lauten:

London, 26. October, Abends. Der Dampfer „Persia“ hat Nachrichten aus New-York vom 17. d. M. überbracht. Der Gouverneur des Staates Mississippi hat der dortigen Legislatur die Verwerfung des Verfassungsamendements empfohlen. — In Duesbeck hat am 14. d. eine große Feuersbrunst stattgefunden. 2500 Häuser wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden wird auf 3 Millionen Dollars geschätzt. — Nach mexikanischen Berichten aus Rio Grande vom 12. d. M. hat der kaiserliche General Mejia vor Monterrey über die republikanische Hauptarmee unter General Escobedo einen vollständigen Sieg erfochten.

Konstantinopel, 26. October, Abends. Auf Kandia wird seit drei Tagen mit großer Erbitterung gekämpft. Bei Abgang des Pontus-Dampfers dauerte der Kampf noch fort. Der „Levante-Derail“ meldet von Vortheilen, welche die Insurgenten erlangt hätten. — Der Kaiser von Rumänien hat sämtlichen Ministern der Fronte Besuche abgestattet.

Vereins-Heil.

* Berlin, 26. Oct. (Fünfter Vortrag in Arnim's Hotel.) Nachdem Redner als Nachtrag zu dem im vorigen Vortrage gebrachten Nachweis, daß die Vertheilung des Productes in der jetzigen Gesellschaft durchweg auf Ungerechtigkeit beruhe, noch speziell nachgewiesen hatte, daß, wie der Kapitalzins und der Kapitalgewinn, so auch die Bodenrente vor dem Standpunkte des natürlichen Rechtes nicht berechtigt sei, erklärte derselbe, um eine Erledigung des Stoffes in den angelegten sechs Vorträgen bewirken zu können, zwei der im Programm bezeichneten Punkte nur ganz kurz, nicht ausführlich, wie er ursprünglich vorgehabt, behandeln zu können; nämlich die für den vierten Vortrag angelegten Punkte: „Die Vorschläge der herrschenden Schule zur Hebung der Arbeiterklasse“ und „Die socialen Vorgänge in Frankreich im Jahre 1848.“ Hierauf zeigte Redner kurz, wie weder durch Freizügigkeit und Gewerbefreiheit, noch auch durch die von der liberalen Bourgeoisie vorgeschlagenen Vereine an der Lage der arbeitenden Klasse im Wesentlichen etwas geändert werden könne. Hierauf ging Redner dazu über, kurz die socialen Vorgänge im Jahre 1848 in Frankreich zu charakterisiren. Er hob die Begeisterung und den erhabenen Opfermuth hervor, welche von den französischen Arbeitern im Kampfe für eine große Idee behätigt wurden und forderte diejenigen, welche wähen, die socialistisch gefundten Arbeiter würden bloß von persönlichem Eigennutz getrieben, auf die Geschichte jener Zeit zu studiren, um sich von ihrem Irrthum zu überzeugen. Der Begeisterung und dem Opfermuth der französischen Arbeiter stellte Redner den Haß und die Lüge entgegen, womit damals die Bourgeoisie den Arbeiter-Bestrebungen entgegentrat. Hiernach behandelte er kurz die Nationalwerkstätten und die Staatssubvention von 3 Millionen Francs.

Hiernach ging Redner dazu über, die Grundzüge der socialistischen Gesellschaft der Zukunft darzustellen, wobei er jedoch hervorhob, daß es sich hierbei nicht darum handle, was zunächst praktisch zu thun sei, sondern nur um das Endziel aller socialistischen Bestrebungen; das, was unmittelbar jetzt geschehen sollte, werde im letzten Vortrag entwickelt werden, wenn der Lassalle'sche Vorschlag zur Darstellung komme. Nichtbedenklicher sei es, jenes Ziel klar hinzustellen; denn nur wenn man das Ziel deutlich vor Augen sehe, könne man den richtigen Weg finden und mit Sicherheit verfolgen.

Redner stellte nun, somit es im Zeitraum einer Stunde möglich ist, die Grundzüge des zu erstrebenden künftigen Gesellschaftszustandes auf, wobei er jedoch nicht die kommunistische, sondern die socialistische Richtung im engeren Sinne zu Grunde legte; ausgehend von dem Princip: daß jeder nach Maßgabe seiner Arbeit, in Gemäßheit desjenigen, was er für die Gesellschaft leistet, an den producirten Gütern, an den Genüssen der Gesellschaft Theil zu nehmen berechtigt sei. Da es jedoch un-

möglich ist, in einem kurzen Referat diese Entwicklung auch nur annähernd wiederzugeben, so müssen wir jede Berichterstattung über diesen Punkt unterlassen.

Unser Parteistandpunkt.

Wir geben nachstehend die Fortsetzung der TBlätter'schen Arbeit, indem wir uns, wie bereits bemerkt, eigene Ausführungen vorbehalten.

An die deutschen Arbeiter.*)

Beim Beginn des Krieges schien sich Lassalle's Princip der Revolution von Oben verwirklichen zu wollen. Die Hoffnung wurde, wenigstens theilweise, zu Schanden und die deutsche Nation trägt die Schuld, weil sie sich durch das unglückselige Parteigetriebe an einer klaren Erkenntniß der Sachlage, an entschiedenem Eingreifen in die Ereignisse behindern ließ. Ich will diesen Vorwurf sofort rechtfertigen.

Als die preussische Regierung, sei es aus Ehrgeiz, dynastischen Interessen, oder aus nationalen, volksfeindlichen Absichten, Krieg begann, um den ohne Zuthun der Nation geschaffenen und durch Verträge garantirten Particularismus ganz oder theilweise zu zerstören, da war es unzweifelhaft die heiligste Pflicht aller freisinnigen Elemente, diese, in demselben Moment die revolutionäre Bahn betretende Regierung unter hellem Jubel zu ermuntern, mit aller Kraft einmüthig zu unterstützen und vorwärts zu drängen.

Was that dagegen die Nation?

Sie — wenigstens die „liberale“ Bourgeoisie — beschwerte das Gewissen des Königs von Preußen mit eben so vielen Friedens-Petitionen und Resolutionen, als er Soldaten auf den Beinen hatte. „Freiheit!“ Die preussische Regierung bot der deutschen Nation das größte aller politischen Rechte, das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht.

Und die Nation?

Sie trug Bedenken, dieses Recht, welches alle ändern in sich schließt, sofort und energisch zu acceptiren. —

„Einheit Deutschlands!“ Die preussische Regierung, im Bunde mit dem ein gleiches Ziel verfolgenden Italien, griff zum Schwerte, um der stets und immer wieder zu drohenden Kriegsgefahren führenden Eifersucht der beiden Großmächte, der intrigantanten Rivalität der gekrönten Häupter, mit welchen Deutschland überschwenglich gesegnet war, und der Großmüthigkeit ihrer unverantwortlichen Minister endlich ein Ende zu machen.

Und die Nation?

Sie wies den Gedanken mit Entrüstung zurück, solchem „revolutionären“ Beginnen unverzüglich allen möglichen thätkräftigen Vorschub zu leisten. —

Die preussische Regierung erklärte in amtlichen Actenstücken, ihr beschränktes Reform-Projekt erweitern zu wollen, wenn die Daodez-Regierungen Anstand nehmen möchten, dasselbe zu acceptiren. —

Und die Nation?

Sie besann sich auch nur einen Augenblick, jene Regierung mit dem Aufgebot der gesammten geistigen und materiellen Volkskraft vorwärts zu drängen auf der ruhmvollen, glorreichen Bahn zur „Einheit Deutschlands“, zur „Freiheit“, zum Völkerglück?

Zawohl, und leider noch mehr! Die Nation ließ sich in trauriger Verblendung zum Theil von ihren Zwingherren und deren Creaturen, die sie tausend Mal zum Pfarrer gewünscht hatte, zur Contre-Revolution, zu blinder Wuth gegen Preußen, ja sogar in Verbindung mit wilden Horden, die im Wiener Freiheitskampfe Robert Blum mordeten und denische Familien in einen einzigen formlosen Fleischklumpen zusammenhieben — zum vatermörderischen Kriege des „Südens“ Deutschlands gegen den „Norden“ entflammen. —

Unerböt!

Wahnende Stimmen, wie die der deutschen Arbeiter in London (Nr. 96 des „Social-Demokrat“) und der im Exil lebenden Freiheitshelden Rinkel,

*) So hatte bereits in voriger Nummer die Aufschrift lauten sollen.

Kapp, Klapka, Kossuth, Mazzini, Ruge u. s. w., verhalten unbeachtet. Wahrlich, die deutsche Nation war und ist noch heute auf dem besten Wege, sich vor der civilisirten Welt abermals gründlich zu blamiren.

Als Ursachen dieser sonderbaren Erscheinung stellen sich außer der Zerrissenheit der Nation in eine Menge Parteien mit zweifelhaftem Endziele, ohne Mittel und ohne Organisation, dar:

- a) die maßlose Scheu der bestehenden Klassen vor jeder Aenderung der bestehenden Zustände zum Bessern und vor den unvermeidlich damit verbundenen Opfern;
- b) neben der Furcht vor momentanen materiellen Verlusten (Geschäftsstockung etc.) die Angst der Bourgeoisie vor der Vernichtung ihrer socialen, und vor dem Verlust jeder Aussicht zur Erlangung auch der politischen Herrschaft;
- c) die völlig irrige Auffassung der in der That wahrhaft nationalen Bestrebungen der preussischen Regierung;
- d) die durch religiösen Fanatismus erzeugten und genährten Vorurtheile, in welchen zum Theil auch die Abneigung der süddeutschen Bevölkerung gegen den „Norden“ wurzelt;
- e) der Einfluß ebrgeiziger Führer der „Fortschrittspartei“, welchem vorzugweise die Verblendung eines großen Theiles des preussischen Volkes zuzuschreiben ist, in welcher derselbe denjenigen Landtags-Kandidaten zujubelte, welche sich verbindlich machten, der preussischen Regierung selbst dann noch die Mittel zur Kriegsführung zu verweigern, als die gesammte Armee im siegreichen Kampfe stand; — endlich
- f) das „Ministerium Bismard!“ —

Bismard! Welch politisches Ungeheuer war und ist nicht dieser Staatsmann, welchen die Geschichte als einen der größten des Jahrhunderts bezeichnen wird, in den Augen der gesammten deutschen Bourgeoisie! Und was hat er verbrochen? — Er regierte weiter, ohne einer Grille des Abgeordnetenhauses die Armee-Reorganisation zu opfern, welche Preußen in den Stand setzte, innerhalb 24 Stunden zwei Königreiche und ein Kursürstenthum zu erobern, innerhalb sieben Tagen ein mächtiges Kaiserreich zu Boden zu werfen, dessen Allirte zu schlagen, einer Million Krieger Respekt und der Welt Achtung einzusprechen. —

Man weiß wahrhaftig nicht, ob man sich mehr ärgern oder verwundern soll über den fortschrittlichen Unverstand.

Wenn das „Ministerium Bismard“ seine Pläne dem Abgeordnetenhause mitgetheilt und ihm also die absolute Nothwendigkeit der Militär-Reorganisation nachgewiesen hätte, — würde dann die preussische Regierung jemals zur Ausführung gelangt sein; würde nicht das Abgeordnetenhause, wie die Friedens-Resolutionen und die Reklamen der Abgeordneten beweisen, einen Krieg gegen die lieben „Bundeshäuser“ aus Slavonien, Croation etc. ganz und gar unmöglich gemacht haben? Gewiß! Die Erwägung allein stellt den ganzen „Verfassungs-Conflict“ in Preußen zum Vortheil der Regierung in ein durchaus günstiges Licht, daß die unerlässliche Geheimhaltung der die Aufrechterhaltung der Armee-Reorganisation unabweislich bedingenden großen Pläne der Regierung den Conflict nicht zum Ausgleich gelangen lassen konnte, ohne die Ausführung jener Pläne völlig unmöglich zu machen. Oder glaubten die alten Veteranen von 1814 wirklich, bei der damaligen Organisation der Armee Thaten vollbringen zu können, wie sie jetzt die Welt in Erstaunen gesetzt haben? —

Das Abgeordnetenhause hat in seiner eigenartigen, rücksichtslosen Belämpfung des Militär-Budgets gefehlt, indem es wichtigen Andeutungen des Minister-Präsidenten („Könnten wir mit Ihnen sprechen, wie mit Seiner Majestät dem Könige“ u. s. w.) keine Bedeutung, oder doch eine verkehrte, beilegte. Aber trotzdem beabsichtigte man selbst dann noch, als die Pläne der Regierung von aller Welt klar erkannt wurden und mit bestem Erfolge

in der Ausführung begriffen waren, der Regierung Opposition zu machen; sie — statt sie mit allen Mitteln zu unterstützen und zu weitem Vorgehen zu ermahnen — durch Verweigerung der Kriegskosten und durch gewohnte maßlose Discussion einer „Indemnitäts-Bill“ zu demüthigen. — Die öffentlichen Erklärungen fortschrittlicher Abgeordneten vor dem Zusammentritt des Landtags und die Haltung derselben während der Session bewiesen das zur Genüge. Was bezweckten die Herren mit der erneuten Opposition? Wollten sie im Ernst nun noch die Militair-Reorganisation rückgängig machen? Konnten sie glauben, im wahren Interesse des preussischen Volkes und Gesamt-Deutschlands zu handeln? Nimmermehr! Was Legteres von der Majorität der preussischen Abgeordneten zu erwarten hat, das beweist das Wahlgesetz, durch welches die Majorität in Abweichung von dem Regierungs-Entwurf dem Reichs-Parlament nur einen „berathenden“ Character beilegt hat, um den Kammern der Einzelstaaten die Entscheidung vorzubehalten. Merkwürdig! Das „fortschrittliche“ Abgeordnetenhaus ist reactionärer, wie das Ministerium Bismarck. — Drei heißt das nicht den vermaledeiten Particularismus in Deutschland verewigen? — Hoffentlich wird das Parlament selbst einer solchen fortschrittlichen Wirksamkeit einmal ein Ende machen.

Das ganze Gebahren der oppositionellen Abgeordneten gewährt die unerschütterliche Ueberzeugung, daß es ihnen, ohne Rücksicht auf das Wohl Preußens und Deutschlands, nur darum zu thun war und ist, das Ministerium Bismarck unter allen Umständen zu stürzen, um selbst an's Ruder zu gelangen und durch die politische Herrschaft der Bourgeoisie die sociale Slaverei des Arbeiterstandes aufrecht erhalten zu können.

Doch gemacht, Ihr Herren!

„Aber,“ sagt man, „die Verfassung!“ Sowohl die Verfassung! Wem gefällt, wem genügt sie? Wer hat sie anerkannt, wer nicht? Was sagte Lassalle über sie? —

Es gab ein höchst einfaches Mittel, allen Verfassungs-Wirren und Mängeln nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland mit einem Schlage ein Ende zu machen: ein constituirendes, nicht ein nur „berathendes“ Reichs-Parlament, hervorgegangen aus allgemeinen, gleichen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung und unbeschränkter Wählbarkeit; — es gab ferner ein höchst einfaches, unfehlbares Mittel, das Parlament zu erlangen: die ganze Nation in Süd und Nord mußte mit aller Kraft die preussische Regierung unterstützen und auf der eingeschlagenen Bahn vorwärts drängen! In dem die Nation dies unterließ, mußte sie nothwendig der Folgen sich bewußt und darüber im Klaren sein, welches das Endresultat der Sache bei deren naturgemäßem Verlauf voraussichtlich sein werde.

Drei Fälle waren möglich, entweder:

Preußen wurde besiegt, und dann kam Deutschland vollständig unter die Concordatswirtschaft und die Zuchttrube des Hauses Habsburg, dessen milchgebende Kuh es wurde, — des Hauses Habsburg, welches nicht im Stande ist, den eigenen Staat im lebensfähigen Zustande zu erhalten; —

oder:

Preußen, von der Nation im Stich gelassen, theils sogar verhöhnt und gelästert, führte den Krieg auf eigene Faust durch und machte — siegreich — ganz Deutschland „preussisch“, in welchem Falle es Niemand dem Grafen Bismarck, in dem man seit Jahren genug Gift und Galle angehäuft hatte, verdenken konnte, wenn er das dann insbesondere und wehrkraftstreuende Volk mit Fußtritt regelte und dem ärgsten Absolutismus volle Geltung verschaffte;

oder endlich:

ohne Vorwärtsdrängen seitens der ganzen Nation würden Preußen und Oesterreich nach beiderseitiger „Rettung der militairischen Ehre“ durch einige gegenseitige Siege wahrscheinlich Frieden machen und dann blieb entweder

Alles ziemlich beim Alten, oder es erfolgte eine Zwei- oder Dreitheilung Deutschlands; jedenfalls aber war dann weder von der Einheit Deutschlands noch von irgend welcher Freiheit die Rede. Kam in solchem Falle gar ein Congreß zu Stande, dann hatten künftig die Völker sich den Nachsprächen der verbündeten Gewalthaber zu fügen und die Heere, welche die Einheit und Freiheit Deutschlands zu erreichen bestimmt schienen, würden dann nur dazu dienen, die ekel Dünste aus der Stagnation der Völkerhaufen zu zerstreuen und gelegentlich durch „Armstrongs“ und „Krupps“ einzelne unliebsame Nationen von der Erde verschwinden zu lassen.

Daß keine dieser Möglichkeiten, außer denen es nur noch Eine — die Revolution — gab, im Interesse der Nation lag, bedarf keines näheren Beweises. Was aber blieb denn der Nation, wenn sie, was nunmehr thatsächlich feststeht, auch nicht zur Revolution schreiten wollte, vernünftigerweise anders übrig, als die preussische Regierung vorwärts zu drängen? — Durch den Umstand, daß man das Ministerium Bismarck allgemein reactionärer Tendenzen beschuldigte, durfte die Nation sich umsoweniger davon abhalten lassen, als die Versicherung der Regierung, ihr Reform-Project eventuell erweitern zu wollen, in Verbindung mit den Proclamationen der Generale von Vener in Kurhessen, Fürst von Hohenzollern an die Nassauer, an die Czeken in Böhmen, sowie endlich die Absicht Preußens und Italiens, die Anerkennung der ungarischen Verfassung von 1848 von Seiten Oesterreichs zur Friedens-Bedingung zu machen, — hinreichende Bürgschaft für das Gegentheil gewährte. —

Der geeignetste Zeitpunkt zur Intervention der Nation zu Gunsten der preussischen Regierung war der, als der Uebermuth Oesterreichs den Congreß glücklicherweise vereitelte und als gleichzeitig der Souverainitätstitel der Zwergdynastien das preussische beschränkte Reform-Project nicht zur Ausführung gelangen ließ. Da war es an der Nation, der preussischen Regierung die Aufstellung des allerweitesten Programms zu ermöglichen. Wenn sie mit Entschiedenheit für Preußen Partei ergriff, dann entzog sie dasselbe zugleich allen Verwidlungen, die ihm bei alleinigem radikalen Vorgehen aus der Reserve Napoleons in Betreff des „europäischen Gleichgewichts“ möglicherweise entstehen konnten. Den laut, vernünftig und unweidentlich angesprochenen festen Willen der gesammten Nation mußte und würde auch Napoleon respectiren; Preußen aber wäre sicher nicht auf halbem Wege stehen geblieben. —

Die Nation, verleitet und beirrt durch das freiheitsheuchelnde Geplärre und Getriebe der Bourgeois-Parteien und geblendet durch den schwarz-roth-goldenen Armbinden-Schwandel der süddeutschen Potentaten, that in allen Punkten das Gegentheil von dem, was sie thun mußte.

Noch einmal trat die Angelegenheit plötzlich und unvorhergesehen in ein Stadium, welches selbst das blödeste Auge befähigte, einen klaren Ueberblick über die Gesamtlage zu gewinnen und zu erkennen, was die gebieterische Pflicht der Nation war, wodurch und auf welcher Seite sie allein Heil zu suchen hatte.

Der Krieg zwischen Oesterreich und den mit ihm verbündeten deutschen Fürsten gegen Preußen war entrannt und bis dahin von Preußen mit einer Entschiedenheit, Umsicht und Tapferkeit geführt worden, wie die Weltgeschichte keinen ähnlichen Fall aufzuweisen hat. Die unerhörten Erfolge der preussischen Waffen setzten die Welt in Erstaunen. Durch eine Reihe glänzender Siege, besonders durch die Hauptschlacht bei Königgrätz, hatte Preußen den größten, stolzesten und reactionärsten Militairstaat der Welt zu Boden geschmettert. Unaushaltbar drangen Preußens siegreiche Heerschaaren vor gegen die alte Hauptstadt des österröischen Kaiserstaates. — Nicht dies Unglück desselben, sondern die Absicht des schwächlichen Verraths an ganz Deutschland war es, was den Kaiser von Oesterreich vermodete, Venetien Napoleon III. zu schenken, um ihn zu bewegen, Preußen in seinem Siegeslaufe zu hemmen, Italien das Object des

Krieges zu entziehen, dadurch das Bündniß zwischen Italien und Preußen zu zerreißen und den Erzfeind Deutschlands zu ermuntern, sich zum Schiedsrichter in rein deutschen Angelegenheiten aufzuwerfen und nöthigenfalls durch bewaffnete Intervention den alten, morschen, durch das kräftige Preußen zumanken gebrachten Kaiserstuhl in Wien aufrecht zu erhalten. —

Da freilich fielen der deutschen Nation endlich die Schuppen von den Augen. Noch war es nicht zu spät. Was sie nunmehr zu thun hatte? — Gemacht! Um dies feststellen und jene neue Todsfünde Oesterreichs an Deutschland in ihrem ganzen Umfange ermessen zu können, bedarf es eines kurzen Rückblickes.

Vermischtes.

* (Die Parlamentswahlen betreffend) geht uns aus Hamburg eine wie es scheint von einem Arbeiter herrührende, jedoch anonyme Correspondenz zu. Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß anonyme Zusendungen nie auf Ausnahme rechnen können, und daß wir Nachstehendes nur ausnahmsweise aufnehmen. Ob die darin enthaltene Darstellung der Sache richtig ist, vermögen wir nicht zu beurtheilen; auch können wir für den Inhalt keine Bürgschaft übernehmen, da uns der Einsender unbekannt ist. Der Bericht lautet:

Gleich nach dem Kriege, als das Parlament noch mehr das Interesse des Volkes erregte, wollte sich der hiesige demokratische Verein durchaus das Verdienst erwerben, die Sache zuerst in die Hand genommen zu haben. Dieser Verein verfolgt eigentlich nur Zwecke, die speciell unsern kleinen „Freistaat“ betreffen, ist also hauptsächlich von localer Bedeutung. Der demokratische Verein wußte, daß die hiesigen Lassalleaner bei den Wahlen nicht unberücksichtigt bleiben durften, und versprach und beahndelt, falls wir mit ihm zusammen gehen wollten, einen Arbeiter, der die sociale Frage vertrat, als Candidat für das Parlament mit aufzustellen. Weit weniger „freisinnig“ als der demokratische Verein selbst, war jedoch das große Centralcomitee, zu dem von dem genannten Verein alle „namhaften“ hamburgischen Demokraten und solche, die sich so nennen, berufen wurden. In diesem großen Comitee stellte Dr. Trittau den Antrag, durch Deputirte der Vereine das Comitee zu verfertigen. Dr. Trittau, der zwar nicht Social-Demokrat, aber lange Jahre gläubend und mit Aufbietung seiner ganzen Kraft gekämpft hat, um der hamburgischen Bevölkerung das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht zu schaffen, führte bei dieser Gelegenheit aus, daß die bloße Kunde von der Aufstellung eines Arbeiters zum Mitglied des deutschen Parlamentes die ganze Börse in Aufruhr bringen werde; wie die Bösse in diesem Zeichen das Herannahen einer neuen, dem Schacher feindlichen Zeit spüren werde gegen die von ihr mit aller Macht anzukämpfen sei. Um aber dieser Macht der Börse ein Gegengewicht zu setzen, müsse man das, was vom großen Volke organisiert sei, also die Vereine, hinter sich haben. So unschuldig dieser Antrag war, indem der Antragsteller nur an Consum-, Vorschuß-, Bildungs- und ähnliche Vereine zu denken schien, deren Mitglieder von vornherein die Herren des Comitees für Herren der Freiheit halten, so viel Widerspruch fand derselbe. Es müßten die von den Vereinen Deputirten ja dann auch Einfluß auf die Beschlüsse üben, meinte der Eine und der Andere: Alle, deren Namen in Hamburg einen guten Klang hätten, die Alles, was anzuziehen wäre, anzögen, seien bereits im Comitee u. s. w. Es half auch nichts, daß ein gerade amwesendes Mitglied unseres Vereins die Herren aufforderte, nicht so hochabredend zu sein; wir hätten drei Jahre lang in der schlimmsten Zeit für die Sache des Volkes gekämpft und würden nicht die Rechnung ohne uns machen lassen. Die Herren wollten durchaus allein die Seligmachenden bleiben.

Da war von unserer Seite natürlich nicht lange zu säumen. Jene Herren durften keinen Boden gewinnen. Was sie verworren hatten, sollte von uns begradigt werden. Die hiesigen Lassalleaner beschloßen, nach und nach alle Theile der Bevölkerung für unsere Sache anzuziehen. So haben wir die Tischler, die Schneider, die Zimmerleute, die Arbeiter im Hammerbrook versammelt. Mittlerweile ist es jedoch vom Parlamente immer stiller geworden; es wird immer schwerer, zahlreiche öffentliche Versammlungen zu veranstalten; die großen Herzen schlummern schon längst. Wer will uns da verdenken, wenn wir für's Erste unsere Bemühungen einstellen, zumal durch Abhaltung von Versammlungen für das Parlament den Versammlungen der Vereinsmitglieder geschadet wird.

— (Oscar Becker) ist auf Fürsprache des Königs von Preußen vom Großherzog von Baden unter der Bedingung begnadigt worden, daß er sofort das Land verlasse und nie mehr das Gebiet eines deutschen Staates betrete.

(Der Brand des Findelhauses) am Mittwoch, den 28. September, versetzte die Stadt Moskau in eine ungewohnte Aufregung. Das Findelhaus verlor seine Existenz der Kaiserin Katharina II., wurde 1762 errichtet und ist im großartigsten Stile aufgeführt worden. Von der Größe desselben kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, daß es fast 2500 Fenster zählt und nahezu 3000 Menschen Wohnung und Obdach gewährt, und von der Wirksamkeit desselben kann man eine Idee gewinnen, wenn man berücksichtigt, daß es in gewöhnlichen Jahren die Sorge und Pflege für etwa 5000 Kinder übernimmt, die es, falls sie am Leben bleiben und sonst gedeihen, allmählich für alle Fächer des Lebens anbietet. Es ist nämlich gleichzeitig ein Findel- und ein Erziehungsbaus und da es auch verheirateten Frauen fast jeden Standes für den Fall der Mittellosigkeit vor, während und nach ihrer Entbindung Obdach und Nahrung gewährt, so veranlaßte die Nachricht: das Findelhaus brenne, eine allgemeine Aufregung. Glücklicherweise gelang es der Bligeschwelle, Umsicht und Energie, mit der unsere Feuerwache bei dem Brande eingriff, demselben bald Halt zu gebieten. Die Flammen hoben eben nur eine Section zur Rechten des Eingangsportals und auch hier nur die inneren Räumlichkeiten zerstört. Die in diesem Theile gelegene Kirche ist stark beschädigt.

(Ein unheimliches Verdict,) das den Proceß de la Pommerais wieder in Erinnerung bringt, durchläuft, nach der Angab. „Allg. Ztg.“, soeben Dresden. Es liegt nämlich ein schwerer Verdacht vor gegen den bereits verhafteten Dresdener Advocaten Müller, der im Juni den Tod seiner 23jährigen Gattin mit spaltenlangen, wehmuthsvollen, poetischen Nachrufen anzeigte, für seine verargigten Verhältnisse aber darin einen Trost zu finden wußte, daß er statt sein eigenes, das Leben seiner jüngeren, gesunden, lebensfrohen Frau mit 18,000 Thlr. nach der Höhe einer Jahresprämie von 700 Thalern versichert hatte. Das fiel den über diesen Fall misanthropen Versicherungs-Beamten auf, und sie beantragten eine gerichtliche Untersuchung. In Folge dessen ist die Leiche ausgegraben und secirt worden; auch hat bereits der Berliner Chemiker Sonnenstein ein Pflanzengift im Magen gefunden, dessen Species aber noch festzustellen ist.

(Trene eines Hundes.) Vor einigen Tagen starb in Berlin in der Friedrichstraße ein wohlhabender Kaufmann, der außer einem nicht unbedeutenden Vermögen seinen Verwandten einen großen Hund hinterließ, der während eines Zeitraums von fünf Jahren sich im Besitz des Verstorbenen befunden hatte. Das treue Thier gab gleich nach dem Ableben seines Herrn Beweise größerer Muth und konnte, trotz aller Drohungen und Verlockungen, nicht veranlaßt werden, das Leichenzimmer zu verlassen. Am Dienstag Vormittags sollte, nach einer Mittheilung der „N. Z.“, der Entschlafene zur Ruhe befhattet werden. Kaum hatten jedoch die Träger den Sargdeckel aufgehoben, um denselben auf den Entschlafenen zu setzen, als der Hund mit einem wilden Geheul aufsprang und sich auf die verblüfften Träger stürzte. Diese ließen vor Schreck den Sargdeckel fallen und versuchten den Hund zu verschonen. Das gelang ihnen doch nicht, und als sie Anstalten machten, den Sargdeckel wieder aufzuheben, stürzte sich der Hund von neuem auf die Anwesenden und verletzte mehrere derselben. Schließlich, als alle Drohungen, alle Schläge nichts mehr halfen, das Thier vielmehr immer wilder wurde, sahen sich die Verwandten genöthigt, das arme Thier zu tödten.

(Erhalte der ersten Mitglieder der großen Oper in Paris.) Dem „Almanach de Musique“ entnehmen wir folgende wahrhaft imposante Daten über die Gagenbezüge der ersten Mitglieder der großen Oper. Der fast ausschließlich für die „Africaner“ engagirte Tenorist Raubin bezieht jährlich 110,000 Fr., von den vier anderen Tenoristen bezieht Herr Guymard 72,000, Billart 45,000, Morde 40,000 und Barot 32,000 Fr. Der Baritonist Faure, allerdings unstreitig der hervorragendste Künstler des Instituts, erhält 90,000 Fr., die drei ersten Sängerrinnen Soff, Guymard und Battu haben je 60,000 Fr. Eine Tänzerin ersten Ranges bezieht die große Oper in diesem Augenblicke nicht. Der höchste Gagenetat in diesem Zweige ist daher 30,000 Fr., welche Fr. Salvioni, und 24,000 Fr., die Fr. Fioretti erhalten.

* Aus Glauben geht uns folgende sicherlich beachtenswerthe Zuschrift zum Zweck der Veröffentlichung zu: Als Mitglied des hiesigen Arbeiter-Fortbildungsvereins frage ich am heutigen Vereinsabend den Vorstand Herrn Böhrig, wie es kommt, daß der „Social-Demokrat“ nicht aufliegt, indem derselbe doch schon längst von vielen Vereinsmitgliedern verlangt worden ist. Hierauf erhielt ich von Herrn Böhrig zu Antwort, daß er den „Social-Demokrat“ schon längst bestellt, aber leider nicht erhalten hätte.

Gleichzeitig bemerkte aber Herr Böhrig seinen Mitgliedern, daß dieses Blatt einen Inhalt nicht hätte, welcher den Arbeiter-Fortbildungsverein interessiren, viel-

weniger hindern könnte und er für seine Person, sowie für den Verein halte es deshalb für überflüssig, daß dieses Blatt gelesen würde, da überdies der Verein schon Schriften genug hätte, die nicht gelesen würden u. s. w. Darauf hob ich hervor, daß der „Social-Demokrat“ das beste Blatt sei, welches ich bis jetzt gekannt und so gut den Arbeiterstand, als vierten Stand, als das Wohl der gesammten Menschheit vertritt und es deshalb höchst wünschenswerth sei, daß dieses Blatt im Arbeiter-Fortbildungsbereich unbedingt gehalten würde. Der Vorstand, sowie auch ein gewisser Lippold unterdrückten aber meinen Antrag sofort und ließen darüber abstimmen; das Ergebnis der Abstimmung war gegen den „Social-Demokrat.“ Nachdem nun ein Lauges und Breites, von der Nothsache her, vorgelesen worden war, ertheilte man mir auf mein Verlangen das Wort, worauf ich bat, im Interesse vieler Vereinsmitglieder im Laufe des bevorstehenden Winters die Schriften und Ideen Lassalle's verlesen zu dürfen, damit die Mitglieder begreifen lernten, was Lassalle eigentlich bezwecken wollte; auch hier wurde ich vom Vorstand, sowie von Lippold abschlägig beschieden und sie äußerten: auch Dieses könnten sie nicht auf befinden, indem doch früher schon einen ganzen Winter darüber debattirt und abgestimmt worden und Lassalle's Princip nicht für gut befunden worden sei, überhaupt auch der Beschluß gefaßt wäre, im Verein von Lassalle gänzlich abzuleben. Wiederum entgegnete ich: daß der größte Theil nicht gewußt, auch heute noch nicht wisse, was Lassalle gewollt hat, und bat die Mitglieder nochmals, meinem Wunsche zu willfahren, indem ich dem Arbeiter-Fortbildungsverein nichts schreiblicheres anempfehlen könnte, als Lassalle's Princip und sie in Lassalle den schätzbarsten Arbeiterfreund erkennen würden, sich auch dann gewiß von der wahren Thatsache Lassalle's überzeugt fühlen und nicht mehr an dem alten Pöps festhalten würden.

Nun aber hatte ich, seid mir Alle gnädig, in der Herren Böhrig und Lippold Wespennest gestochen, und sie erklärten mir abermals, daß sie sich einen ganzen Winter damit herumgeschlagen, die Lassalle'sche Idee für nichtig befunden hätten und schon Alle längst wüßten, was Lassalle gewollt; es könnte nichts hervorbringen als Debatten und Zant und dies führte Alles zu nichts Gutem, was man schon hier und an anderen Orten erfahren hätte u. In Bezug auf Dieses zeige ich die mehergenannten Herren der Lüge, denn hätten die Herren Lassalle's Schriften gelesen und verstanden, was Lassalle gewollt, so könnten sie sich unmöglich als moralische Menschen vor der gesammten Versammlung auf diese Art ansprechen. Denn Lassalle war der erste, beste und aufrichtigste Arbeiterfreund, und es giebt für den Arbeiter nichts Besseres, als seine Lehren, um sich die wirkliche Bildung zu verschaffen. Steis ist dem Arbeiter Lassalle's Lehre in verkappter Form mitgetheilt worden. Schließlich fühlten sich osterwärdige Herren sehr beleidigt und sprachen sich dahin aus, daß von nun an der Verein von Lassalle gar nichts mehr wissen wolle, und der Vorstand beantragte, mir wegen dieser Beleidigung einen Ordnungsbeweis zu geben. Dieses wurde bewilligt, gleichzeitig auch beantragt, mich aus dem Verein zu stoßen, erst aber darüber abzustimmen. Hierin fand ich bean doch, daß ich den Arbeiter-Fortbildungsverein, welcher sich schon mehrere Jahre der Bildung befähigt, stark verkannt habe, und fand die Bildung auf einer sehr niedrigen Stufe. Sofort theilte ich dieser „Bildung“ zufolge dem Verein mit, daß sie sich die Mühe der Abstimmung ersparen sollten, indem ich nunmehr mit dem größten Vergnügen den Verein für immer meiden werde.

Zum Schluß bemerkte ich, daß es heutzutage wahrlich noch so schlimm ist, als zu Christus' und Huf' Zeiten, denn wäre es irgend möglich, so würde man mir ganz bestimmt die Teufelskappe aufsetzen und mich auf den Scheiterhaufen führen; denn es war gerade, als befände ich mich inmitten eines wüthenden Meeres.

O Bildungsverein! wo suchst du deine Bildung? vielleicht in Noah's Kasten? oder sonst wo?

R. Fischer.

Annoucen.

Verein der Preussischen Invalidenkette.

Mit Genehmigung Seiner Königl. Hoheit des Kronprinzen begründet das unterzeichnete Comité einen Verein, welcher seine Ueberkräfte der National-Invaliden-Stiftung zuwendet. Die Statuten belegen das Nähere. Dieselben sind durch den Buchhandel gratis zu beziehen, und kann die Beitrittserklärung entweder auf diesem Wege oder direct an den Vorsitzenden Wirklichen Geheimen Kriegsgrath Menzel zu Berlin, oder die Schatzmeister Stille & van Muyden, in Firma: F. Schneider & Co., 21. Unter den Linden, erfolgen, welche die Beiträge empfangen resp. nachnehmen.

Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied des Vereins wird, wer demselben eine einmalige Gabe im Minimal-

werth von drei Thalern gewährt und einen jährlichen Beitrag von mindestens 15 Sgr. zusichert. Dasselbe empfängt als Gegengabe und Andenken die Preussische Invalidenkette*) und mit derselben das vom Vorhande auf den Namen angefertigte Diplom, sowie alljährlich Rechnungsabluß und Mitgliederverzeichnis.

Berlin, im October 1866.

Das Gründungs-Comité

des Vereins der Preussischen Invalidenkette.

R. Bellair, Kaufmann. Hagen, Bildhauer u. Professor. Jacobi-Scherbening, Kaufmann. Jähle, Königl. Hofgarten-Director in Potsdam. Kelsch, Fabrikbesitzer. Kronecker, Professor. Graf Lüttichau, General-Lieutenant a. D. Menzel, Witt. Geh. Kriegsgrath. Quistorp, Consul in Stettin. Stille & van Muyden, in Firma: F. Schneider & Co. v. Webern, General-Lieutenant a. D. Werckmeister, Fabrikbesitzer.

*) Die Preussische Invalidenkette wird gebildet von Medaillen aus Feinsilber, von denen sechs die bedeutendsten Schlachten und Gefechte von 1866 und das Landwehrkreuz mit der Umschrift „Dank Preussischer Invaliden“ tragen, die sechste größere ist vergoldet, trägt auf dem Avers das meisterhaft angeführte Portrait Sr. Majestät des Königs mit dem Lorbeerkranz und auf dem Revers die Umschrift „Schlacht bei Königgrätz 3. Juli 1866“. Die Kette ist von Frauen als Armband, von Männern als Uhrkette zu tragen.

200,000 Gulden

baares Silbergeld

kann Jedermann gewinnen, der sich bei der großen Frankfurter Geldverloosung

betheiligt, sowie weitere Haupttreffer von Gulden 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 5,000 u.

Diese von der hohen hiesigen Regierung genehmigte und der Stadt garantierte

Neueste große Prämien-Verloosung

bietet den Theilnehmern in jeder Beziehung die größten Vortheile.

Alle Nummern ohne Ausnahme werden gezogen. Das ganze Einlagekapital wird binnen 5 Monate mittelst Gewinnziehungen zurückbezahlt und müssen planmäßig bis dahin sämmtliche 12,500 Gewinne, 11 Prämien und 18,400 Freiloose von den Interessenten erlangt werden. Ganze Originalloose kosten fl. 6. — oder Rthlr. 3. 13. Halbe „ „ „ 3. — „ 1. 22. Viertel „ „ „ 1 1/2 „ 26.

(Diese Originalloose sind mit dem Stadtstempel versehen.)

Schon am 12. und 13. kommenden Monats beginnen die Ziehungen. Bestellungen unter Beifügung des Betrages oder gegen Postnachnahme werden sofort pünktlich ausgeführt und die erforderlichen Bläne gratis beigelegt. Nach stattgehabter Ziehung erhält jeder Theilnehmer die amtliche Liste und Gewinne baar übersandt.

Zugliche Anstalt in Betreff dieser großen und interessanten Verloosungen wird gerne ertheilt und eine stets reelle gute Bedienung zugesichert. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigst direct zu wenden an

L. Steindecker-Schlesinger,
Bank- und Wechsel-Geschäft
in Frankfurt am Main.

Lucinde oder: Kapital und Arbeit.

Social-politischer Roman in 4 Bänden
von J. B. v. Schweifer.

Die noch vorhandenen Exemplare dieses Romans sollen zu ermäßigtem Preise, 1 Thaler für sämmtliche vier Bände, abgelassen werden. Derauf Respektirende wollen 1 Thaler franco, mit ihrer genauen Adresse, an die Buchhandlung von F. Fleischer in Leipzig einschicken, worauf ihnen das Werk sofort unfrankirt zugesandt werden wird.

Frankfurt a. M., den 26. October 1866.

Reinhold Paiss.

Kapital und Arbeit.

Sechster Vortrag in Arnim's Hôtel, Unter den Linden 44, Mittwoch, den 31. October, Abends 8 Uhr.

Social-demokratischer Arbeiter-Verein.

Montag, den 29. October keine Versammlung.
Der Vorsitzende.

Buchdrucker-Gehülfen-Verein.

Lokal: Alexandrinen-Strasse 36.
Dienstag, den 30. October. Vortrag vom Kollegen Herrn D. Elbner: „Ueber Versicherungswesen.“
Der Vorstand.